

„Schutz 2014“

Vom 10. bis 18. Juni 2014 übten mehr als 5.500 Soldatinnen und Soldaten in Vorarlberg und Tirol mit Polizei, Behörden und Sicherheitsorganisationen, den ÖBB sowie Energieversorgungsunternehmen.

Ziel der Großübung „Schutz 2014“ war es, gemeinsam den Schutz hochrangiger Infrastruktur und somit die Lebensgrundlage der Bevölkerung sicherzustellen. „Der Schutz der Lebensgrundlagen der Bevölkerung ist im Fall einer erheblichen Bedrohung eine wichtige militärische Aufgabe, die nur gemeinsam mit den Kräften der Polizei sichergestellt werden kann. Nur im engsten Zusammenwirken der Behörden und Einsatzorganisationen kann diese Herausforderung bewältigt werden“, sagte Generalmajor Heinrich Winkelmayer, Stabschef des Streitkräfteführungskommandos, zum Übungsziel. Besonders wichtig war die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Bundesheer. Die Polizei hatte



„Schutz 2014“: Kooperation aller Einsatzorganisationen.

insgesamt 270 Bedienstete eingesetzt. „Wir nutzten die Möglichkeiten dieser Großübung, um Übungsziele für polizeiliche Sonderverwendungen zu trainieren“, sagte Brigadier Marius Gaussterer, Leiter des Referats II/2/b (Son-

dereinsatzangelegenheiten) im Innenministerium. „Darunter waren Einsatzeinheiten, sprengstoffkundige Organe und Sprengstoffhunde.“

Bei der „Schutz 2014“ handelte es sich um zahlreiche Einzelübungen, die in der Übungsleitung in Landeck zusammengeführt wurden, darunter eine große Katastrophenübung des Landes Tirol. Die Übungserfahrungen sollen dazu beitragen, Schutz und Hilfe im Inland zu verbessern.

Die „Schutz 2014“ wurde vom Streitkräfteführungskommando geleitet. Geübt wurde in Tirol und Vorarlberg. Planerisch waren auch die Bundesländer Salzburg und Kärnten integriert. Das Streitkräfteführungskom-

KATASTROPHENSCHUTZABKOMMEN

Rasch und unbürokratisch helfen

Ein Abkommen zwischen Österreich und Russland erleichtert die gegenseitige Hilfe nach Katastrophen.

Innenministerin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner und Wladimir Putschkow, Zivilschutzminister der Russischen Föderation, unterzeichneten während des Staatsbesuchs des Präsidenten Wladimir Putin am 24. Juni 2014 in Wien ein Katastrophenhilfe-Abkommen. Es regelt die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Russland zur wechselseitigen Hilfe nach Katastrophen sowie vorbeugende Maßnahmen. Vereinbart wurde unter anderem die Erleichterung des Grenzübertritts von Einsatzkräften bei der Hilfe nach Katastrophen und bei der Ein- und Ausfuhr von Hilfsgütern und Ausrüstungsgegenständen.

Der wissenschaftlich-technische Informationsaustausch soll verstärkt werden und es soll gemeinsame Übungen zur Vorbereitung auf den Ernstfall geben. Außerdem werden Ansprechstellen in den beiden Staaten festgelegt. „Zweck des Abkommens ist es,



Staatsbesuch am 24. Juni 2014 in Wien: Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Russlands Präsident Wladimir Putin.

rasch und unbürokratisch Hilfeleistungen zu ermöglichen“, sagte Innenministerin Mikl-Leitner bei der Unterzeichnung des Abkommens.

Österreich hat mit einer Reihe anderer Staaten Katastrophenhilfe-Abkommen abgeschlossen, unter anderem mit Albanien, Jordanien, Kroatien, Marokko und Moldau. „Diese Abkommen haben sich bewährt. Daher liegt der Abschluss eines derartigen Ver-

trags auch mit Russland als einem wichtigen Partner Österreichs in der internationalen Zusammenarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz im Interesse unseres Landes. Nach einer großen Katastrophe geht es darum, den Betroffenen rasch und unkompliziert über Grenzen hinweg zu helfen. Es geht hier um Menschen in Not und nicht um ein Land oder um die Politik eines Landes“, betonte Mikl-Leitner.



„Schutz 2014“: Katastrophenschutzübungen des Bundesheeres, der Einsatzorganisationen und der Behörden.

mando trainierte Führungsabläufe, die eingesetzten Truppen taktische Verfahren und die Zusammenarbeit mit dem BMI, der Polizei, denn Sicherheitsbehörden, zivilen Behörden und weiteren Sicherheitsorganisationen, den ÖBB sowie Energieversorgungsunternehmen.

Generalmajor Winkelmayr sieht als Erfolgsfaktor „die intensive Zusammenarbeit mit dem Innenministerium im Zuge der Übungsvorbereitung“ und dass „die Zusammenarbeit der Streitkräfte mit dem Innenministerium, den Sicherheitsbehörden und der Polizei zur taktischen und gefechtstechnischen Bewältigung eines Schutzeinsatzes intensiviert“ werden müsse. „Im Zusammenhang damit sollten Begriffsverständnis und Rechtsverständnis harmonisiert werden“, betonte Winkelmayr.

„Wir haben uns bewusst herausfordernde Aufgaben gestellt. Das Übungsziel, die frictionslose Zusammenarbeit des Bundesheeres mit dem Innenministerium, der Polizei, Behörden und Einsatzorganisationen, haben wir erreicht“, resümierte Generalleutnant Franz Reißner, Kommandant der Streitkräfte. Nach der Auswertung der Erkenntnisse aus Planung, Vorbereitung und Durchführung der „Schutz 2014“ gehe es nun darum, auf diese Zusammenarbeit aufzubauen. „Wir werden den erfolgreichen Weg zum Schutz der österreichischen Bevölkerung gemeinsam weitergehen“, sagte Reißner.

Pierre Kugelweis